



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Weltspiegel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Weltspiegel

**Briands Sturz.** Die Tagung des Obersten Rates in Cannes hat ein plötzliches Ende durch die mit Briands Abgang verbundene Vertagung gefunden. Soweit Deutschland dabei in Frage kam, war von ihr nicht viel zu erhoffen. Die verschiedenen Pläne, die aufgetaucht waren, liefen nicht auf eine wirkliche Erleichterung der Zahlungslasten, sondern nur auf eine Verschiebung in der Verteilung der Leistungen hinaus. 720 Millionen bares Geld wollte man Deutschland abverlangen und ihm dazu Sachleistungen im Betrage von 1450 Millionen auferlegen, für die Kredite des Reiches in Anspruch genommen werden mußten. Diese Forderungen überstiegen bei weitem Deutschlands Erfüllungsfähigkeit. Der Oberste Rat ist nicht mehr dazu gekommen, sich abschließend mit diesem Projekt zu befassen, für dessen Durchführung Deutschland eine Kontrolle seines Staatslebens, die Veränderung des Statuts der Reichsbank, die Erhöhung der Inlandslohlenpreise auf den Stand des Weltmarktes, die Heranziehung aller Devisen für die Reparation sowie die Unterbindung jeglicher Kapitalausfuhr zugeben sollte. Angesichts der Stockung, die durch Briands Abgang eingetreten ist, hat nunmehr die Reparationskommission beschlossen, Deutschland unter allem Vorbehalt späterer Entscheidungen einen vorläufigen Zahlungsausschub zu gewähren. Rathenau hat der Kommission als Höchstbetrag die Zahlung von 200 Millionen Mark in drei Raten zu 80, 90 und 30 Millionen angeboten. Die Kommission verlangt ab 18. Januar alle 10 Tage 31 Millionen, so daß etwa zwei Monate gewonnen sind. Durch den Schritt der Reparationskommission, die dazu auf Grund des Friedensvertrages befugt ist, wird lediglich ein vorübergehender Zustand geschaffen, der über die Fälligkeitstermine des 15. Januar und 15. Februar hinwegzuhelfen bestimmt ist. Deutschland soll auch ein Programm für Garantien und Finanzreformen vorlegen. Es wäre voreilig, in der Erklärung des Reparationsausschusses ein Entgegenkommen für Deutschland erblicken zu wollen, denn sie betont ausdrücklich ihr Recht, gegebenenfalls alle fälligen Raten zu verlangen. Briand hat zwar auch in seiner letzten Kammerrede den Entschluß der Reparationskommission erwähnt, über den Kopf der französischen Vertreter hinweg Deutschland ein Moratorium zuzubilligen. Aber es kommt alles auf die damit verknüpften Bedingungen an. Das Provisorium, das der Reparationsausschub geschaffen hat, erlaubt noch keinerlei Schlüsse zu ziehen; er zeigt nur, daß auch die Kommission, die sich alle Türen offen hält, in dem Verhalten Deutschlands keine Verfehlung sieht, aus der Frankreich das Recht zu Zwangsmagnahmen herleiten könnte. Alles Weitere muß erst die Zukunft klären.

Raymond Poincaré ist mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt worden; eine andere Möglichkeit hatte Millerand nicht, nachdem die französische Kammer Briands Politik abgelehnt hat. Als Publizist hat Poincaré eine sehr schroffe Richtung vertreten und dabei auch nicht mit Kritiken an Briand gespart. Wenn Poincaré jetzt die Regierung in die Hand nimmt, so wird er Wasser in seinen Wein gießen müssen. Denn schließlich kann auch er nach außen hin keine wesentlich anders gerichtete Politik betreiben als sein Vorgänger. Lloyd Georges Denkschrift zeigt, daß der Bündnisplan, der übrigens die Überflüssigkeit des Genfer Völkerbundes so recht unterstreicht, von Frankreich keinerlei Zugeständnisse hinsichtlich des Versailler Friedensvertrages, d. h. also über die Befestigung der linksrheinischen Gebiete, und auch keine Verminderung des französischen Heeres verlangte. Poincarés politische Tendenzen gehen nicht viel weiter, wenn man nicht auf Worte, sondern auf deren Sinn den Nachdruck legt. Er verlangt nämlich als Vorbedingung des Bündnisses, das er auf Polen ausgedehnt wissen will, eine Einigung mit England über den deutschen Zahlungsplan. Eine solche Verständigung hatte Briand mit England angebahnt,

und auf diesem Gebiete es sogar verhindert, daß irgendeine durchgreifende Regelung erfolgte. Der französische Standpunkt hatte also im wesentlichen bereits gesiegt. Briand hatte Lloyd Georges Einverständnis zum Bündnis offenbar durch den Druck in der Unterseebootsfrage und durch Hervorkehrung französischer Zugeständnisse im Nahen Orient erreicht, über deren Tragweite die Pariser Konferenz der Minister des Äußeren Ausschluß geben sollte. Es scheint, daß die Zustimmung Frankreichs zur Kooischen Resolution über die Nichtverwendung von Unterseebooten zum Handelskrieg England bereits für den Bündnisplan gewonnen hat. Der Weltkrieg hat erwiesen, wie verschiedenartiger Auslegungen seerechtliche Grundätze fähig sind. Im Ernstfalle läßt sich der Begriff des Handelskrieges so einengen, daß Frankreich von einer vorhandenen Unterseebootsflotte doch Gebrauch machen könnte, denn es behält ja die Freiheit des Unterseebootbaues und zugleich damit die Möglichkeit, die erforderlichen besonders ausgebildeten Mannschaften und technischen Anlagen beizubehalten. So ist Lloyd Georges Wort von der allgemeinen Furcht Englands vor der Unterseebootsflotte, nicht nur vor französischen Booten durchaus verständlich.

Auch Poincaré kann nicht viel mehr erreichen. Briands Rücktritt hängt aber stark mit inneren Fragen zusammen. Clemenceau hat bei der Präsidentenwahl den Unhaß der Franzosen erfahren. Briand begann allzu selbständig zu werden, und Frankreich hat Angst vor Persönlichkeiten von großem Einfluß. Das wird sich auch Poincaré sagen. Es ist nicht bedeutungslos, daß Poincaré durch seine Freunde erklären läßt, auch er denke nicht daran, vom Pfade der Vernunft abzuweichen. Mit Lloyd George ist er bereits zusammengetroffen. Der Sturz Briands hat in Amerika Aufsehen erregt und in England ist er teilweise als eine gegen die Verbündeten gerichtete Demonstration aufgefaßt worden. Poincaré will sich mit London und Washington nicht überwerfen. Dazu besitzt er auf dem Gebiete der internationalen Politik eine viel zu große Erfahrung! Neben den Vorgängen in Europa trat zwar die im Abflauen begriffene Washingtoner Konferenz zurück. Sie hat noch eine Resolution über das Verbot der giftigen Gase durchgebracht, das auf den toten Punkt geratene ostasiatische Problem aber ruhen lassen. Poincaré hat sich beeilt, Sarraut mit der Fortsetzung der Arbeiten in Washington zu beauftragen, um Amerika einen Gefallen zu erweisen, das auf seine Konferenz so großen Wert legt. Der angelsächsische Block hat sich dort vorbereitet; ist Amerika mit Poincaré einverstanden, so ist die Aussicht auf Gewinnung Englands um so größer. Lloyd Georges Lage ist durch die Sprengung der Zusammenkunft von Cannes für die kommenden Neuwahlen jedenfalls nicht erleichtert worden. In England zeigt sich überhaupt das Bestreben, Poincaré entgegenzukommen, gilt doch die Entente cordiale als Grundlage der britischen Kontinentalpolitik. Wie Poincaré spricht sich Lord Grey gegen die „Politik des Kampensichts“ aus, jener sich häufenden Konferenzen vor aller Öffentlichkeit, denen er und Poincaré die gewohnte Methode der Kabinettsdiplomatie vorziehen. Die Wirtschaftskonferenz von Genua mit ihrer neuen Vereinigung der Nationen hält Grey für unvereinbar mit dem Völkerbund. Deshalb hat auch Lloyd George in seinem Programm von der Einladung des Völkerbundes nach Genua und dem Versuche gesprochen, einschließlich Amerikas, Rußlands und Deutschlands eine neue umfassende Liga der Nationen zu bilden, die also die ebenso kostspielige wie unnötige Genfer Einrichtung ersetzen würde. Amerika zeigt bislang wenig Lust zur Teilnahme an der Konferenz von Genua, bei der Poincaré selbst nicht erscheinen, sondern sich durch Bevollmächtigte vertreten lassen möchte. Er will im Gegensatz zu Briand das Regierungshaupt nicht festlegen lassen. In Genua soll das Reparationsproblem nicht behandelt werden. Rußland steht dort durchaus im Vordergrund. Der englische Plan ging darauf, Deutschland bei der Erschließung Rußlands heranzuziehen und die Erträge deutscher Arbeit der Reparationsleistung zugute kommen zu lassen. Briand wollte den Deutschen noch die Rückerstattung der russischen Vorkriegsschulden an Frankreich in der Form

von Entschädigungen an Rußland auf Grund des Versailler Friedens aufbürden. Der Zweck der Konferenz von Genua, zu der Lloyd George bei dem Auseinandergehen der Canner Zusammenkunft die Deutschen noch ausdrücklich eingeladen hat, ist jedenfalls der, Deutschland von eigener Betätigung in Rußland abzuschnelden und ihm dort Fesseln aufzuerlegen. Die wichtigste Folge des Entschlusses, eine allgemeine europäische Wirtschaftskonferenz einzuberufen, ist die Stärkung des Ansehens der bolschewistischen Regierung.

Poincaré will die Erneuerung Europas nicht über Deutschland, sondern über die neuen Staaten leiten, die nach dem Weltkriege emporgeschossen sind. Auch in diesem Punkte weicht er höchstens in der Nuance von Briand ab. Deutschland soll der Fronarbeiter der Entente bleiben und durch einen Ring Frankreichs ergebener Vasallenstaaten im Zustand der Unterdrückung erhalten werden. So ist Polen Frankreichs Wächter im Osten.

Polen soll deshalb auch nach dem Vorschlage Poincarés in das englisch-französische Militärbündnis aufgenommen und gegen „deutsche“ Angriffe beschützt werden. Es trennt Deutschland von Rußland und ist dazu ausersehen, Frankreich auf dem Umwege über die polnische Industrie den Zutritt zum russischen Marke zu öffnen, denn Paris wiegt sich in der Illusion, die Textilproduktion von Lodz wiederzuerwecken und neues geschäftliches Leben in Polen erstehen zu lassen. Den Tschechen und den übrigen Mächten der Kleinen Entente will Poincaré seine besondere Aufmerksamkeit widmen. Ein Vertreter der Wiener Regierung war schließlich doch nicht nach Cannes geladen worden, aber die österreichischen Reparationen sind einer wohlwollenden Prüfung sicher, so lange der Anschlußgedanke dadurch getötet werden kann. Österreich wird auf die Kleine Entente angewiesen. Da das deutsche Empfinden der Österreicher aber nicht erstickt werden kann, soll es den Frankreich ergebenden Nachbarn wirtschaftlich ausgeliefert werden. Dem jutage tretenden verstärkten Interesse Frankreichs für die österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten wird man in Italien mit berechtigtem Mißtrauen begegnen. Dort ist man stolz auf die Konferenz von Genua, zu deren Zustandekommen Italiens einsichtige Haltung nicht unwesentlich beigetragen hat. Poincaré hat in seinen Presseäußerungen immer viel schöne Worte für die lateinische Schwester übrig gehabt, aber seine ausgesprochenen Hegemonieabsichten müssen mit den berechtigten Großmachtsansprüchen der Italiener in Konflikt geraten. Mit Spanien steht Frankreich schon in einem scharfen Handelskonflikt, der durch die politischen Zwistigkeiten über Marokko noch verstärkt wird. Das Kabinett Maura ist wegen des von Frankreich geschürten Aufstandes in Marokko zurückgetreten, weil der Kriegsminister La Cierva gegen die militärische Nebenregierung der Juntas, der Offiziersvereinigungen, aufzutreten versucht hat. Jedoch wird Maura, den alle Parteiführer als den allein maßgebenden Mann bezeichnen, unter Ausschiffung La Ciervas die Regierungsbildung wieder übernehmen. Mauras Autorität braucht Spanien schon, weil in Cannes die seine Interessen aufs engste berührende Frage von Tanger aufgeworfen worden ist. Bisher scheint das englische, auch für Spanien annehmbare Projekt der Internationalisierung dieses Hafens an Boden gewonnen zu haben.

Auch wenn Poincaré äußerlich Entgegenkommen zu zeigen trachtet, wird sein Regime das Element der Unruhe in Europa stärken und den Kontinent nicht zum dauernden Frieden kommen lassen, der nun einmal ohne die Befundung Deutschlands nicht erreicht werden kann.

D. G. von Wesendonk